

Rede im Rat zum Haushalt:

Die rot-grüne Minderheitsregierung hat mit dem Entwurf zum neuen Gemeindefinanzierungsgesetz (GFK) eine einseitige Umverteilung finanzieller Mittel zu Lasten des ländlichen Raumes angestoßen. Zudem wurden die Kommunen und auch die Stadt Billerbeck erst einen Tag vor Weihnachten mit konkreten Kürzungen als Weihnachtsgeschenk beglückt. Die Stadt Billerbeck hatte zu diesem Zeitpunkt den Haushalt in weiten Teilen bereits aufgestellt.

Die FDP Billerbeck verurteilt sowohl die einseitige Bevorzugung städtischer Ballungsgebiete als auch das kontraproduktive Timing von Ministerpräsidentin Kraft und Innenminister Jäger.

Die Aufforderung auch an die Stadt Billerbeck zunächst die sogenannten Ausgleichsrücklagen zu verzehren, ist ein offener Aufruf, gegen den Geist der Gemeindeordnung zu verstoßen. Das Vermögen und damit verbunden das Eigenkapital Billerbecks, auch das Eigenkapital der Bürger, muss geschützt und dauerhaft erhalten werden, damit auch spätere Generationen damit arbeiten können! Auch die Ausgleichsrücklage gehört zum kommunalen Eigenkapital. Sie dient dazu, eine mittelfristige Haushaltsplanung ohne Einschaltung der Aufsichtsbehörde zu ermöglichen.

Die einseitige Kürzung der Schlüsselzuweisungen hat dazu geführt, dass Billerbeck einen Teil seines Eigenkapitals und damit seine Rücklagen in den nächsten Jahren aufzehren muss um nicht in die Haushaltssicherung oder gar in einen Nothaushalt abrutschen.

Noch in ihrer ersten Regierungserklärung hatte Frau Kraft die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunen proklamiert. Nun ist sie wortbrüchig geworden, in sie ohne jegliche Konsultation der vermeintlichen kommunalen Partner die Kürzung der Schlüsselzuweisungen auf den Weg gebracht hat. Auch der plötzliche Fund von 1,3 Milliarden Euro von Finanzminister Walter-Borjans im Landeshaushalt zeugt von einer Inkompetenz der Landesregierung, die auch durch das Urteil des Verfassungsgerichts NRW zum Nachtragshaushalt 2010 bestätigt wird. Für den Haushalt 2011 hat sie daraus nicht viel gelernt und geben damit auch den Städten und Gemeinden ein schlechtes Vorbild.

Kurzfristig muss das Land helfen, damit die Kommunen nicht reihenweise in die Haushaltssicherung abrutschen. Langfristig ist es notwendig, den Städten und Gemeinden wieder mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Auch diese Forderung wird die Landesregierung nach den letzten Äußerungen ignorieren. Die Ratsmitglieder von SPD und Grünen hätten gut daran getan, die Resolution zur Verbesserung der Kommunal Finanzen, die der Rat der Stadt gegen ihre Stimmen verabschiedet hat, mitzutragen.

Angesichts der sehr angespannten Haushaltssituation verkennen wir nicht, dass auch die Kommunalpolitik ihren Beitrag zur Problemlösung leisten muss.

Bei einer demografischen Entwicklung, die sich mittelfristig in eher stagnierenden bis rückläufigen Bevölkerungszahlen niederschlägt, muss mittelfristig auch der Umfang der Verwaltung reduziert werden. Verwaltung und Politik müssen darum schon jetzt entsprechende Strategien einleiten, um die personellen Ressourcen dauerhaft zu senken um die Leistungsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Mögliche Wege sind interkommunale Kooperationen bei der Erfüllung von Aufgaben,

interkommunale Bündelungen von Verwaltungsstrukturen und Einrichtungen sowie eine konsequente Aufgabenkritik und die Reduzierung überhöhter Leistungsstandards. Hilfreich wäre sicherlich in der jetzigen Situation gewesen, wenn die Bürgermeisterin, wie in Ihrer Antrittsrede im Oktober 2009 angekündigt, bereits ein Konzept zur Reorganisation der Verwaltung vorgelegt hätte.

Zudem wäre es sicherlich auch hilfreich gewesen, wenn zum jetzigen Zeitpunkt schon Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit des Bauhofes vorgelegen hätten.

Besonders weh tut uns der Umstand, das die Stadt Billerbeck die Erarbeitung und Umsetzung der Stadtentwicklung in die Zeit stellen muss, zumal nicht einmal mehr der Eigenanteil für die konzeptionelle Entwicklung aufgebracht werden kann.

Auch ein möglicher Verzehr des handelsrechtlichen Überschusses des Abwasserbetriebes zum Ausgleich von Defiziten im Kernhaushalt der Stadt Billerbeck ist aus unserer Sicht kaum vertretbar. Wenn jedoch keine andere Möglichkeit gefunden wird, durch Einsparungen, Rückstellungen von Aufwendungen oder eine Verbesserung der Einnahmesituation zu erreichen, wird man sich auch dazu bereit finden müssen, um nicht in den Nothaushalt oder in eine Haushaltssicherung abzugleiten. Hier gilt als höheres Gut, einen Haushaltsicherung zu vermeiden und freiwillige Leistungen der Stadt weiter zu ermöglichen.

Aktuell scheint eine Lösung zur defizitären Haushaltsituation laut Meinung der Stadtverwaltung und auch der anderen Fraktionen durch Sparmaßnahmen und der allgemeinen Steuererhöhung um 10% zu sein. Wir sind der Meinung dass das aktuelle Haushaltsdefizit nicht nur durch diese Maßnahmen alleine beseitigt werden kann. Weder reichen diese Maßnahmen zur Beseitigung der Neuverschuldung in 2011 noch zum Schuldenabbau.

Die Stadt Billerbeck benötigt zur Konsolidierung des Haushaltes Mehreinnahmen bis 2016.

Eine Steigung der städtischen Einnahmen sollte und muss durch Mehreinnahmen der Gewerbesteuer erfolgen. Der Einwand der CDU Fraktion, es bleiben von dem Gewerbesteueraufkommen nur 10 % im Haushalt der Stadt ist nicht hilfreich. Selbst dieser Teil der Gewerbesteuer entlastet den Haushalt. Hierzu sollte kurz- und mittelfristig die Ansiedlung von Handels- und Dienstleistungsunternehmen unterstützt werden. Die Voraussetzungen sind in der Stadt vorhanden, es bedarf keiner infrastrukturellen Maßnahmen die den Stadthaushalt belastet. In der aktuellen Wirtschaftssituation besteht eine große Chance Unternehmen für den Standort Billerbeck zu gewinnen.

Selbstverständlich ist es richtig ein neues Gewerbegebiet auszuweisen. Dieses wird mit einem erheblichen finanziellen Aufwand der Stadt und einer Vorlauf von ca. 5 Jahren greifen. Ertragsrelevant wird dieses wahrscheinlich erst nach 10 Jahren. Somit ist das Vorhaben für eine Entschuldung der Stadt Billerbeck wenig brauchbar.

Alles in allem ist das eine sehr prekäre Situation, in der sich die Finanzen der Stadt Billerbeck in den nächsten Jahren entwickeln werden. Es kann und darf nicht sein, dass sich eine rot-grüne Landesregierung durch eine einseitige Änderung der Parameter bei der Berechnung der Landeszuschüsse die Entwicklung des ländlichen Raumes derart behindert.